

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: Die Belegexemplare sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung 50 Pfennige, auswärts 60 Pfennige, auswärts 70 Pfennige, auswärts 80 Pfennige, auswärts 90 Pfennige, auswärts 1 Reichsmark, amtliche Seite 50 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 262

Mittwoch, den 9. November 1927.

22. Jahrgang

Nach Oesterreichs Beamten unzufrieden.

Die Erhöhung der Gehälter um 17,5 Prozent gefordert.

Wien, 7. Nov. Der Pensionskommission des Bundesangestellten beschloß, der Regierung morgen ein Forderungsprogramm zu überreichen, an dessen Spitze die Erhöhung sämtlicher Gehälter um 17,5 Prozent steht.

Wien, 8. Nov. Heute wurden die Verhandlungen zwischen Regierung und Bundesangestellten wieder aufgenommen. Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte sich damit einverstanden, daß die dienstrechtlichen Fragen zugunsten der Lohnverhandlungen zurückgestellt werden.

Die Streitfrage Wanne im Einverständnis zwischen Regierung und Bundesangestellten aus den gegenwärtigen Verhandlungen ausschließen, von der Tagesordnung der öffentlichen Meinung werde sie kaum verschwinden, ehe sie gelöst sei. Er halte sein Angebot aufrecht mit den Beamten über diesen Gegenstand zu verhandeln und einen gangbaren Weg für den Schlichtungsgebeten zu finden. Eine ähnliche Erklärung gab der Bundeskanzler den Vertretern der Post- und Telegraphenangestellten ab.

Die polnischen Sozialdemokraten bleiben in der Opposition.

Warschau, 8. Nov. Der oberste Rat der sozialistischen Partei Polens hat gestern beschlossen, die oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung des Marschalls Pilsudski aufrecht zu erhalten. Eine weitere Entscheidung stellt fest, daß die Lösung „Attitüde des Proletariates“ im Widerspruch zum Parteiprogramm stehe, da sich die polnischen Sozialdemokraten zum Sozialismus bekennen.

Das heutige Nepal.

Von Herbert Eibers, a. St. Kairo.

Nepal, einer der wenigen auch heute noch unabhängigen vorberindischen Staaten, liegt zwischen der Ebene des Ganges und dem Himalaya. Es mißt etwa 800 Kilometer in der Länge und 100 Kilometer in der Breite und zählt ungefähr fünf Millionen Einwohner. Das Land besteht aus vier nahezu gleich großen Zonen von je 40 Kilometer Breite. Die erste Zone ist eine unveränderte Fortsetzung des Gangesflusses. Der „Terai“ oder Thakumal, der sonst aus vorliegenden Rone abfällt, wird von wilden Tieren bewohnt, schwer von der Malaria heimgesucht und eignet sich nicht für menschliche Besiedelung. Den Rest des Landes bilden eine Reihe kleiner Täler, die in nord-südlicher Richtung durch tiefe Bergketten voneinander getrennt sind, sowie die Südhänge des Himalaya. Alle Täler werden von verschiedenen Stämmen bewohnt, deren einwirkende kulturelle „Wahrheit“ des „vandalen“ weitest verbreitert. Sie bildeten früher den Kern der Bevölkerung, wurden aber durch Hindus, denen auch die gegenwärtig herrschende Dynastie angehört, in den Hintergrund gedrängt. Die drei bedeutendsten Städte sind Kathmandu, die Hauptstadt, ferner Patan und Bhaktapur, sämtlich in dem großen mittleren Tal gelegen, das in der dritten Zone einen Halbkreis von etwa 50 Kilometer Länge bildet. — Die Geschichte Nepals bis zum Jahre 600 nach Christus ist reine Legende, etwas Bestimmteres weiß man schon aus den nächsten 600 Jahren, die Kolonialzeit ab 1200 ist ziemlich genau bekannt. Um 1200 sogen radschutanische Hindu-Stämme, durch die Einfälle der Mohammedaner aus ihrer Heimat in Mittel-Asien vertrieben, nach Norden bis an die Westküste Nepals, bogon hinter der Dhanuakzone nach Osten ab und drangen dort weiter vor. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts schloß der Gurkha-König unter Rana Ranjan, der 1768 das Fürstentum von Nepal eroberte. Die neue Dynastie vermachte ihre Herrschaft zu befestigen; einer ihrer ardhien Herrscher war Rana Bahadur, der 1846 den Thron bestieg, 1850 auch nach Europa kam und 1877 auf einer Jagd im Dhanuak starb. Im Jahre 1901 erlangte der jetzt noch regierende Maharadscha Chandra Schamscher Rana zur Regierung. In ihm haben wir einen der merkwürdigsten und intelligentesten orientalischen Fürsten der Welt vor uns. Mit Umsicht, Klugheit und Entschlossenheit lenkt er sein Land, das er zu verhältnismäßigem Wohlstand gebracht hat. Seine Regierung beruht auf dem Grundsatz, Nepal von der Außenwelt möglichst abgeschlossen zu halten. Die Hauptschwierigkeit bestand für ihn darin, sich die Errungenschaften moderner Wissenschaft und Technik nutzbar zu machen, ohne dadurch eine solche Verserrung des nationalen Lebens heraufzubekommen, wie wir sie sonst überall im Osten sehen. Die von ihm erzielte harmonische Entwicklung ist bisher gelungen. Berichterstatler, Reisende und Kaufleute werden nicht ausgeschlossen, Gelehrte und Künstler finden dagegen jederzeit eine herzliche und gastfreie Aufnahme. In ganz Nepal traf man noch vor zwei Jahren kaum ein halbes Dutzend Europäer im Staatsdienst, sonst waren nur vier zur englischen Gesandtschaft gehörende Beamte im Lande anwesend. Moderne Verkehrsmittel, Telegraphie und Fernsprecher, elektrisches Licht, Bewässerungsanlagen und Wasserleitungen wurden eingerichtet, aber ausschließlich durch nepalesische Kräfte, unterstützt durch sehr wenige auf Zeit angeworbene Europäer. Auch eine kleine Eisenbahn besteht seit kurzem. Sie läuft von der Grenze bis auf 20 Kilometer an die Hauptstadt heran; von dem Berggipfel aus, der die letztere von der unteren Zone scheidet, stellt eine Drahtseilbahn die weitere Verbindung her, jedoch nur für Waren. Für Personen ist das Tal von Kathmandu vom Süden her auch heute noch unzugänglich. Es scheint sich jedoch seinen Reichtum an archaischen Schätzen aus, besonders auf dem Gebiete des Kunsthandwerks und der Baukunst, wie sie eine originale und abgeschlossene Kultur im Laufe eines Jahrtausends hervorgebracht hat. Die Städte Nepals gehören zu den malerischsten im ganzen Osten. Die Regierung wird vom Maharadscha, der heute 66 Jahre alt ist, und seinen Söhnen gemeinsam geführt. — Das heutige Nepal ist sicherlich eins der interessantesten Länder Afrikas, worin die Kräfte der gegenwärtigen Weltkulturreise von Ost und West, aber von Mittelalter und Neuzeit, nach wollebenen Grundrissen in der glücklichsten Weise gelöst ist.

Wer hat den Versailler Vertrag nicht erfüllt?

Lloyd George klagt an!

London, 7. Nov. Lloyd George setzte sich heute in einer Rede mit den jüngsten Erklärungen Chamberlains zur Frage des Völkerbundes und des Friedens auseinander. Er erklärte, es wäre ein Unglück für den Frieden Europas, wenn der Völkerbund zu einer Parteilage gemacht würde. Gegenüber der Erklärung Chamberlains, daß die Zusammenkunft von Locarno die erste war, wo Sieger und Besiegte auf dem Fuße der Gleichberechtigung saßen, erklärte er, die Bedeutung der Konferenz von Genoa hervor. Man habe dort einen Nichtangriffspakt erzielt, der fester als von allen Nationen Europas einschließlich Russlands unterzeichnet worden sei. Der Nichtangriffspakt von Genoa sei in Locarno lediglich ohne die Beteiligung Russlands erneuert worden. Es sei sehr wichtig, wenn Friede in der Welt herrschen sollte, daß

entwaffnet und haben gesagt: „Sobald ihr abrüstet, werden wir euren Beispiel folgen“. Sie haben rund etwa 2 bis 300 000 Soldaten, die nicht gut ausgerüstet sind, und die anderen Länder haben immer noch zehn Millionen.

Sie haben diese Millionen nicht um eine einzige Division vermindert.

Er sagte, er sei ein großer Anhänger des Völkerbundes, aber eine einzige Batterie. Lloyd George bezeichnete es als eine andere tadelnswerte Tatsache, daß Gebiete in Europa durch Gewalt annektiert worden sind ohne die Zustimmung des Völkerbundes oder des Obersten Rates. Er gab China und Galizien als Beispiele an und fuhr fort: Wir setzen in den Vertrag von Versailles Bestimmungen für den Schutz der Minoritäten in den neuen und wiedergeschaffenen Staaten. Diese Bestimmungen sind mit Hüten getreten worden. Lloyd George schloß: Chamberlain hat nicht ein Wort über Schiedsgerichtsbarkeit gesagt und nicht viel über Abrüstung. Die Garantie einer Abgrenzung Frankreichs kann zum Kräfte führen. Schiedsgerichtsbarkeit kann zu nichts anderem führen als zum Frieden.

Schiedsgerichtsbarkeit ist die einzige Grundlage der Abrüstung.

Abrüstung ist die einzige Garantie für Schiedsgerichtsbarkeit. Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung zusammen sind die einzige Sicherheit für den Frieden. Chamberlain soll diesem Problem gegenüberzutreten, er hat lange genug auf Locarno ausgedehnt. Es hat seinen Zweck, an den Ufern des Lago Maggiore zu stehen wie ein Storch auf einem Bein. Er möge seine Flügel erheben und sich auf seine Pilgerfahrt nach dem Frieden machen. Irland hat dies getan, er sendet jetzt die Friedensstaube nach Washington, um einen Vertrag zwischen Frankreich und Amerika zustande zu bringen. Chamberlain möge diesem guten Beispiel folgen.

Führertagung des Reichslandbundes.

Wiederherstellung des monarchischen preussischen Militärstaates.

Berlin, 8. November. Am Rahmen der Führertagung des Reichslandbundes sprach heute Professor Daller-Lübmann über die Lehren aus der Zeit Bismarcks für den künftigen Ausbau des Reiches. Der Redner wies darauf hin, daß Bismarck ursprünglich den Einheitsstaat erwollt habe. Der von Bismarck geschaffene Bundesstaat habe aber die Vorherrschaft Preußens gesichert und damit Deutschland gewissermaßen in den Zustand seiner Zeit zurückgeführt, als der König die deutschen Fürsten durch seine Hausmacht beherrschte. Das Wesentliche an der Verfassung Bismarcks sei deshalb auch in der preussischen Hausmacht des neuen deutschen Kaisers zu sehen gewesen. Bismarck habe selbst die Notwendigkeit einer Entwicklung des Bundesstaates zu ardhärer Einheitsstaatlichkeit mehrfach betont. Diese Entwicklung sei vor 9 Jahren von der Revolution durchbrochen worden, die den bisherigen preussischen Staat zerstörte. Die preussische Führung sei aber auch schon vorher unsicher geworden. Wenn man heute die bismarcksche Reichsverfassung erfüllen wolle, müsse man den monarchischen preussischen Militärstaat wiederherstellen.

Die Vermittlung des Völkerbundes

in Ordnung gebracht würden. Diese Hoffnung durfte man hegen nach dem Brief, den Clemenceau im Namen des Präsidenten Wilson, des Herrn Delands und in meinem Namen an die deutschen Delegierten richtete, bevor sie das Dokument unterzeichneten.

Ich habe gesagt, daß die Siegerstaaten im gegenwärtigen Augenblick rund über zehn Millionen ausgebildete Männer besitzen, die besser für den Krieg ausgerüstet sind, als es 1914 der Fall war. Die Maschinenrie ist fürchterlicher als alles, was die Welt im Weltkrieg gesehen hat, sie wird von Jahr zu Jahr fürchterlicher. Die besten Köpfe befassen sich damit, eine Maschinenrie auszubilden, nicht nur um Heere, sondern um wehrlose Bürger anzugreifen. Ich habe gesagt: zehn Millionen. Ich habe diese Zahl unterschätzt. Wir haben Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien